

**Rede zum Haushalt 2014/15
von Wolfgang Köhler
Fraktion Aufbruch! Sankt Augustin
Ratssitzung vom 11.12.2013**

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,

denk ich an Augustin in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht!

Dieser adaptierte Heinrich-Heine-Satz als Einleitung mag deplatziert erscheinen, wenn man unsere Stadt mit den euphorischen Augen des Bürgermeisters sieht, wenn er die dynamischen Entwicklungen in Sankt Augustin beschreibt. Das klingt dann sinngemäß so: „Überall im Zentrum drehen sich die Kräne, werden neue Geschäfts-, Wohn-, Pflege- und Freizeiteinrichtungen gebaut. Es tut sich was in Sankt Augustin“.

Ja, stimmt. Was Sie beschreiben, Herr Bürgermeister, wirkt dynamisch und kann als Zeichen wirtschaftlicher Prosperität gedeutet werden. Aber, Vorsicht!, es ist die Prosperität der anderen, der Investoren nämlich, die in Sankt Augustin ein verheißungsvolles Pflaster für Ihre Vorhaben sehen.

Unsere städtische Prosperität jedoch ist das nicht. Schon die Tatsache, dass wir einen bis 2022 reichenden Konsolidierungszeitraum benötigen, zeigt nämlich

- dass die bisherigen Bemühungen von Rat und Verwaltung um Haushaltskonsolidierung keinen durchschlagenden Erfolg gehabt haben oder jedenfalls von neuen Belastungen aufgezehrt worden sind,
- dass es der Stadt noch immer schlecht geht,
- und dass unser Schuldenberg wächst statt abzunehmen.

Apropos Schulden: In meiner Stellungnahme zum auch nicht erfreulichen Doppelhaushalt 2012 / 2013 war ich noch von Gesamtverbindlichkeiten von 136 Millionen Euro ausgegangen, die wir bis 2022 mitschleppen würden. Und Sie, Herr Bürgermeister, hatten noch gemeint, mit einer Erhöhung der Obergrenze der Kassenkredite (also unseres Dispo) von 16 auf 32 Millionen Euro wäre es getan.

Heute wissen wir: Weit gefehlt.

Die Gesamt-Schuldensumme der Stadt ist für die Jahre 2014 bis 2016 angegeben mit:

- 2014:€ 184 Millionen
- 2015:€ 200
- 2016:€ 208
- danach allmählich fallend auf rund 195 Millionen in 2022.

Und damit Sie, Herr Bürgermeister die laufenden Zahlungen für Löhne, Gehälter, Porto, Strom und Heizung überhaupt leisten können, muss der Rat erneut das Limit der Kassenkredite erhöhen. Die Obergrenze der Kassenkredite muss der Rat auf 61 Millionen in

.....

2014, dann 77 Millionen in 2015 sowie in 2016 und in den folgenden Jahren schon auf fast 90 Millionen festsetzen.

Da wir diese Dispo-Spielräume bis auf weiteres dringend brauchen, und das zu möglichst günstigen Zinsen, haben wir auch dem CDU-/FDP-Resolutionsantrag zu Krediten und kreditähnlichen Rechtsgeschäften unsere Zustimmung gegeben.

Für unseren Schuldenberg sind Jahr für Jahr mehr als fünf Millionen Euro an Zinsen aufzubringen, pro Einwohner demnach rund 100 Euro.

Mal nebenbei gesagt: Wir können von Glück sagen, dass wir dieses niedrige Zinsniveau haben. So makaber das klingt: Im Grunde können wir uns über jeden Monat freuen, den es den armen EU-Ländern schlecht geht, weil die EZB solange auch den Leitzins fast bei Null belassen wird.

Sankt Augustins wie der meisten Kommunen Dilemma ist, dass

- ein erheblicher Sanierungsstau wegen unterlassener Instandhaltung zu finanzieren ist (Beispiel RSG),
- neue oder ausgeweitete Aufgaben neue Investitionen erfordern (Beispiel Asylsuchenden-Unterbringung, Inklusion)
- laufende Aufwendungen z.T. im Umfang dramatisch gestiegen sind (Beispiel Jugendpflege)
- laufende Aufwendungen auf Grund veränderter Rechtsprechung weiter steigen (Beispiel Jugendpflege)
- Standards in diversen Bereichen sich erhöhen (Beispiel ZABA)
- die veränderte gesellschaftliche Realität zu veränderten Ansprüchen an KiTa und Schule führt (Stichwörter U3 und Ganztage)
- die sich ändernde demografische Struktur Anpassungen in der städtischen Infrastruktur in nicht hinreichend auslotbarem Maße erfordert (Stichwort Mobilität)
- und dem gegenüber die Erträge und Zuweisungen nicht im gleichen Maße steigen.

Angesichts dieser Herausforderungen haben wir, hat die Fraktion Aufbruch!, – obwohl wir im Haushaltsentwurf gesucht und manches gefunden haben, das wir zum Gegenstand eines Änderungsantrages hätten machen können (ich nenne nur den Dauerbrenner Altenfest) – haben wir uns angesichts des Größen-Missverhältnisses zwischen Antragssummen und Zukunftsherausforderungen dazu entschlossen, uns nicht im Klein-Klein aufzuhalten. Das, obwohl manche im Haushalt verankerten Aufwendungen über sich selbst hinausweisen und durchaus von symbolischer Tragweite sind.

Stattdessen, so kündige ich hiermit an, werden wir in den kommenden Wochen einige Anträge vorlegen, die eine weiter gespannte Perspektive eröffnen und kurzfristig zwar nicht, wohl aber mittel- oder langfristig eine Haushaltswirksamkeit entfalten werden – wenn sie denn in diesem Hause eine Mehrheit finden.

Diese Anträge werden sich mit folgenden Themen auseinandersetzen:

- Kommunale Schuldenbremse
- Interkommunale Zusammenarbeit
- Konzeptionelle Neu-Ausrichtung von Kulturarbeit und Kulturangebot
- Städtebauliche Entwicklung mit dem Ziel 'lebenswerte und gesunde Stadt für alle'
- Nachhaltige Mobilitätsplanung

In diesen Feldern sehen wir Handlungsnotwendigkeiten und finanzielle Implikationen – sowohl solche mit positiven als auch mit negativen Folgen –, die sorgfältig zu bedenken sind. Deshalb wollen wir sie auch nicht unter den Druck der Haushaltsberatungen stellen, sondern die Chance zumindest eröffnen, dass diese Dinge in Ruhe beraten werden können.

Lassen Sie mich ein paar Überlegungen äußern, die etwas mit Prioritätensetzung zu tun haben. Dazu vorab der Hinweis, dass manche Priorisierung nicht die Entscheidung über besser oder schlechter trifft, sondern die Entscheidung über das Überhaupt oder das Garnicht fällt. Aus diesem Grunde müssen Prioritäten äußerst sorgsam abgewogen und nicht leichthin verändert werden.

Nehmen Sie das Folgende bitte als Beispiel:

Die vor ein paar Jahren gutachtengestützt und wohlmeinend getroffene Entscheidung, in Buisdorf und Birlinghoven keine Kunstrasenplätze zu bauen, hat eine mittlerweile absehbare Langzeitfolge, die wir nicht unberücksichtigt lassen dürfen. Die Entscheidung hat nämlich Verdruss erzeugt, und es droht ein Prozess der Abwanderung der Sportjugend, der auf Sicht zum Sterben der Fußballvereine in diesen Orten führen könnte – führen wird. (Übrigens bekommt man heute in Sportgeschäften kaum noch Fußballschuhe für Ascheplätze zu kaufen.) Oberflächliche Betrachtung wird zu der Aussage führen „Dann spielen sie eben anderswo. Na und?“ Sie alle wissen, dass diese Reaktion zu kurz greift. Denn gerade in den kleinen Stadtteilen sind die Sportvereine ein wesentliches, weil Identität und Verbundenheit stiftendes Element. Und das braucht es für lebendige und lebenswerte Stadtteile. Beim Rutsch von Identifikation zu Egal verkommt ein Ort ganz schnell in sozialer und materieller Hinsicht. Insofern muss man die Frage stellen – und ich will keine Antwort darauf geben, sondern nur die Frage aufwerfen: Muss angesichts der genannten Implikationen zwangsläufig die Herstellung von Speiseräumen an drei Grundschulen in der Prioritätenliste höher eingestuft werden als der Bau von zwei Kunstrasenplätzen?

Man kann sich über Prioritäten streiten und zu unterschiedlichen Schlüssen kommen. In diesem Fall sind der Arbeitskreis Baumaßnahmen an Schulen und der Gebäude- und Bewirtschaftungs-Ausschuss zu dem eindeutigen Ergebnis gekommen, dass die Schulkinder Vorrang genießen sollen. Das ist gut so, zumal die Planung und Herstellung von Speiseräumen an den Grundschulen eine wesentliche Voraussetzung für den gebundenen Ganztagsunterricht ist. Und wie wir vom Hauptgeschäftsführer des StGB NRW letzten Mittwoch hier im Ratssaal gehört haben, erhöht sich der Schüleranteil an den Schlüsselzuweisungen des Landes, wenn aus offenem Ganztage der gebundene Ganztage wird. (Für OGS wird derselbe Schlüssel verwendet wie für Halbtagsunterricht.) Die Notwendigkeit, Speiseräume an den Grundschulen herzustellen, steht außer Frage. Der CDU/FDP-Antrag, der dies verlangt, ist insofern in der Sache über alle Zweifel erhaben. Aber wie das in Szene gesetzt worden ist, ist schon ein starkes Stück Wahlkampf-Inszenierung.

- Im Schulentwicklungsplan ist die Notwendigkeit der Schaffung von Mensen an den Grundschulen Menden, Mülldorf und Niederpleis dargelegt.
- Die Verwaltung sieht aber aus personellen und finanziellen Gründen keine Möglichkeit, mit Planungen zu beginnen.
- Auf Grund der Darlegung der Dringlichkeit seitens der Schulen empfiehlt die SchulBauAG am 14. Oktober, die Prioritäten zu ändern. Der Gebäude und Bewirtschaftungs-Ausschuss billigt am 15. Oktober diese Empfehlung.
- Die verwaltungsinterne Bau- und Planungskonferenz beschließt deshalb, die Prioritäten zu ändern.
- Doch am 16. Oktober erzählen Sie, Herr Bürgermeister, uns hier im Rat in Ihrer Rede zur Einbringung des Haushaltes, dass die drei Mensen leider ein Opfer der finanziellen Misere werden müssten.
- Im Schulausschuss am 4. Dezember kommt dann der entscheidende Wink für CDU und FDP unter Mitteilungen: „Die Verwaltung kann [...] von sich aus jedoch keine

Mittel in den Haushalt einstellen. **Hierzu bedarf es einer politischen Entscheidung im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen.**“

Damit liefert die Verwaltung der schwarzgelben Mehrheit die Steilvorlage, um daraus eine politische Profilierungsaktion zu machen.

Solche Vorgehensweise ist bei einem Thema, bei dem alle einer Meinung sind, ein unfeiner Zug. Angesichts der Einigkeit in der Sache wäre eine von der Verwaltung gefertigte Vorlage oder andernfalls die Verständigung auf einen gemeinsamen Antrag die richtige Maßnahme gewesen.

Meine Damen und Herren, nach 29 Jahren in der Kommunalpolitik maße ich mir angesichts der Lage der Stadt an, an alle hier im Saal und an diejenigen, die nach der Kommunalwahl noch immer oder neu im Rat sein werden, den Appell zu richten:

Lassen Sie uns in diesen Zeiten mehr Gemeinsamkeit üben. Wir haben doch beim Masterplan Urbane Mitte bewiesen, dass wir es können. Weniger Gemeinsinn können wir uns vielleicht eines fernen Tages wieder leisten, wenn es wieder finanzielle Spielräume gibt. Und in diesem Sinne, lassen Sie uns auch gemeinsam für eine Lösung für das Sportplatzproblem in Birlinghoven und Buisdorf arbeiten.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit für meine Worte.

Ich danke Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, und den wenigen Bürgerinnen und Bürgern, die Vorschläge zum Haushalt eingebracht haben, für Ihre ernsthafte Befassung mit dem Haushalt.

Ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung – insbesondere Herrn Rupp und seinem Team – für ihre Arbeit am Haushalt und natürlich auch für ihre gesamte Arbeit während des Jahres.

Ich danke den Damen und Herren von der Presse für ihr Bemühen, die Arbeit von Rat und Verwaltung in die interessierte Öffentlichkeit zu transportieren.

Allen Genannten sowie den bis hierher nicht ausdrücklich Genannten hier im Saal wünsche ich namens meiner Fraktion eine schöne und besinnliche Zeit, bis wir uns im neuen Jahr – guten Rutsch dahin – wiedersehen